

# Schwarzwälder Tageszeitung

## Aus den "Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Preis: Einzelheft 1 Pf., 10 Hefte 10 Pf., 100 Hefte 100 Pf., 1000 Hefte 1000 Pf. (10000 Mark). Bei Abnahme von 1000 Hefte nach Vereinbarung. Druck- und Verlagsanstalt: Nagold, Calw. Telefon: 11. Telegramm-Adresse: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Altensteig, Mittwoch den 30. November 1932 | 55. Jahrgang

### Bolz über Reichsfragen

München, 29. Nov. Im Akademisch-Politischen Klub sprach der württ. Staatspräsident Dr. Bolz in Anwesenheit des Reichspräsidenten Dr. Hindenburg, des Kultusministers Dr. Goldenberger, des Staatsrats Schäfer des Landtagspräsidenten, des württembergischen Gesandten über Fragen der Reichsreform. Er persönlich beurteilt diese Fragen nach dem Standpunkt der Brauchbarkeit, der sich auch bei der Väterkonferenz immer mehr durchgesetzt und die Gegenstände wesentlich gemildert habe. Ganz allgemein warnte er vor wichtigen Reformen für den Augenblick eines Staatsnotstandes, ohne daß an ihre Auswirkung gedacht werde. Die große Machtfrage des Reichspräsidenten sei erst in den letzten zwei Jahren voll erkannt worden und könne doch auch eine Gefahr bedeuten. Man könne doch nicht jedem Reichspräsidenten ohne Ansehen der Person Machtbefugnisse zusprechen, ohne zu wissen, welcher Gebrauch davon gemacht werde. Deshalb sei eine festere Abgrenzung notwendig. Es müßte auch Vorkehrungen getroffen werden für den Fall eines Ausbleibens Hindenburgs, damit die Machtfrage, die dann der Reichspräsident auf sich vereine, in sicherer Händen anvertraut werde. Auf Grund der Erfahrungen, und auch mit Rücksicht auf die Rechte des Reichspräsidenten als Oberbefehlshaber des Heeres und verantwortlicher Leiter der Außenpolitik, könne er persönlich sich nicht für eine Erweiterung der Befugnisse des Reichspräsidenten einsehen. Bolz wandte sich überaus scharf gegen die Auslegung gewisser „Kronjuristen“, wonach diese Macht auf Grund eines Notstandes überhaupt keine Grenze mehr habe.

Für übertrieben halte er die Übertragung des parlamentarischen Regierungssystems auf die Länderregierungen. Es habe zur Folge, daß die Mehrzahl der Länder nur noch Geschäftregierungen haben. Der Vorschlag, eine Regierung, die von einem neuen Landtag gewählt werde, bis zu dessen Ablauf zu belassen, würde eine Entlastung bedeuten. Gegen die jetzige Art der Gesetzgebung durch den Reichstag müßte ein „Beckl“ geschaffen werden durch Wiedereröffnung des Reichsrats. Vollkommen ablehnend verhielt sich Bolz gegen eine zweite Kammer neben dem Reichsrat. In der Frage des Wahlrechts scheine eine Herabsetzung des Wahlalters leicht zu erreichen, ebenso wahrscheinlich die Verkleinerung der Wahlkreise und die persönlichen Wahlen.

Zwischen Preußen und Reich sei eine Zusammenarbeit unbedingt nötig. Die Schwierigkeit liege im parlamentarischen System, in den beiderseitigen Vorkontingen und deren Kampf um diese Zuständigkeit. Das erste müßte sein, daß diese beiden Körper miteinander verschmolzen würden. Reichspräsident und preußischer Ministerpräsident in einer Person wäre ein großer Vorzug, sei aber nicht unbedingt nötig. Es genüge schon, für beide Regierungen gleiche Rechte zusammenzubringen. Gelingen dies nicht, so würden die Gegenstände um so gefährlicher, je länger sie dauerten. Hinsichtlich der übrigen Länder vertrete er den Standpunkt der Lebensfähigkeit und Lebensfähigkeit. Es wäre aber kein Unglück, wenn sich einige der Länder als lebensunfähig erweisen sollten. Für die dringende Notwendigkeit einer Verwaltungsreform führte er Beispiele aus der Wohnungspolitik, dem Fürsorgewesen, das in die Hände der Gemeinden gelegt werden sollte, und auf der beabsichtigten Reichsgemeindeordnung an. Schließlich warnte er nachdrücklich vor einer Verfassungsreform auf dem Wege des Verfassungsdruckes, der Gewalt und der Diktatur. Die Spekulation auf die Gleichgültigkeit des Volkes sei falsch.

Unter deutlicher Anspielung auf die Notwendigkeit auch der Heranziehung der Sozialdemokratie erklärte Bolz, das Volk habe Verständnis für die Sammlung, wenn man den Ruf an alle richte. Es werde aber nicht gelingen, wenn man von vornherein gewisse Kreise ausschließe und ihnen nicht zugehe, daß auch sie das Wohl des Vaterlandes wollen. Wenn sie nicht zur Mitarbeit gewonnen werden können, dann wenigstens vielleicht zur Duldung. Man müsse bis zum Letzten versuchen, mit der Volksovertretung zusammenzuarbeiten, einen anderen Ausweg ohne schwerste Erschütterungen sehe er nicht.

### Das Internationale Arbeitsamt und die Herabsetzung der Arbeitszeit

Genf, 29. Nov. Das Internationale Arbeitsamt hat alle Staaten auf den 10. Januar nächsten Jahres zu einer Konferenz über die Frage eingeladen, wie durch Herabsetzung der Arbeitszeit eine Milderung der Arbeitslosigkeit ermöglicht werden kann. Die Untersuchungen der Konferenz werden sich hauptsächlich auf die Industrie, den Bergbau und auf die Arbeitszeit der Angestellten erstrecken. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen der nächsten internationalen Arbeitskonferenz und gegebenenfalls auch der Weltwirtschaftskonferenz vorgelegt werden.

### Neuer Hungermarsch auf Washington

Washington, 29. Nov. (Reuters.) Von verschiedenen Orten der Vereinigten Staaten aus haben sich etwa 800 Hungerdemonstranten und Kommunisten in Richtung Washington in Bewegung gesetzt. Sie bilden die Vorhut von mehreren tausend von Vertretern von Arbeitslosen, Kriegsteilnehmern und Farmern, die ihnen nach Washington folgen wollen, um dort dem Kongress ihre Forderungen, darunter Stundung ihrer Schulden, zu unterbreiten.

## Vor der Betrauung des neuen Kanzlers

Heute vermittags Besprechung Hitler — Schleicher

### Die Krise am Dienstag

Schleicher verhandelt zunächst weiter

Berlin, 29. Nov. Während der Mittagsstunden am Dienstag wurde von zuständiger Stelle betont, daß die Meldung eines Mittagsblattes, als sei die Entscheidung bereits für Reichskanzler von Papen gefallen, falsch ist. Damit wird unsere Darstellung bestätigt, daß alles erst noch von der Entscheidung des Reichspräsidenten abhängt. Diese letzte Entscheidung ist nach den letzten Informationen erst für Mittwoch zu erwarten. Von unterrichteter Stelle wird noch hinzugefügt, daß die Besprechungen des Generals von Schleicher weitergehen. Diese Auskunft ist vielleicht damit in Verbindung zu bringen, daß Dr. Frick mit seiner Abgabe der Besprechungen zu Dritt die Mitteilung verbunden hat, daß Verhandlungen nur von Adolf Hitler geführt werden könnten. Steht Hitler zu einer Besprechung zur Verfügung, so wäre es möglich, daß General von Schleicher unter Umständen noch mit ihm spricht. Das könnte auch die Verzögerung in der Entscheidung des Reichspräsidenten erklären.

### Abgabe der Nationalsozialisten

Berlin, 29. Nov. Der Contidienst meldet: Das Bild der innerpolitischen Situation hat sich am Dienstag wieder grundlegend verändert. Die Nationalsozialisten haben den in Aussicht genommenen Besuch von Straßer und Frick beim Reichswehrminister wieder ablassen lassen. Den Grund dafür sieht man in politischen Kreisen darin, daß sich die unersöhnliche Richtung innerhalb der NSDAP, die nach dem Ausgang der Verhandlungen Adolf Hitler unter keinen Umständen paktieren will, durchgesetzt hat. Diese Abgabe scheint nicht ohne Rückwirkung auf die Kandidatur des Generals von Schleicher für das Kanzleramt zu bleiben. Man weiß, daß der Reichswehrminister dieses Amt ohnehin nur mit innerem Widerstreben übernehmen würde. Diese Einstellung ist durch die Antwort der Nationalsozialisten offenbar noch verstärkt worden. So rechnet man in politischen Kreisen jetzt bereits mit der Wiederbeauftragung des Reichskanzlers von Papen. Er wird einen neuen Auftrag auch in der jetzigen Situation nur sehr schwer annehmen, denn er ist sich sicher über die ungeheuer schwierigen Aufgaben im Klaren, die seiner barren würden in einer Zeit, in der wir den allerhöchsten Wintermonaten entgegengehen.

### Der „Völkische Beobachter“ gegen ein Kabinett Schleicher

München, 29. Nov. Im „Völkischen Beobachter“ wendet sich Alfred Rosenberg gegen den Plan eines Kabinetts Schleicher. Die NSDAP werde, so führt er aus, ein Kabinett des Generals von Schleicher ebenso wenig tolerieren wie das Kabinett von Papen. Die NSDAP protestiere angeichts ihres 14jährigen Kampfes um Deutschlands Wiedergeburt, daß ihre Opfer, die Leistung ihres Führers heute wieder im Sinne einer vorläufigen Kabinettspolitik verächtlich werden sollen, wie einst der Aufbruch der Nation 1813 durch die Weimernische. Eine Rettung aus dem innerpolitischen Chaos und der außenpolitischen Isolierung sei nur möglich mit Hilfe einer mächtigen Volksbewegung. Dieser ehernen Tatsache gegenüber habe alles andere zu schweigen, haben vermittelte Gefühle und reaktionärer Ehrgeiz zurückzutreten. Es gebe nur eine Lösung: Die Führung des Deutschen Reiches in die Hände des Führers der deutschen Freiheitsbewegung.

### Vor der Betrauung des neuen Kanzlers

Berlin, 29. Nov. In politischen Kreisen erwartet man die Entscheidung über die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers nun für den Mittwoch. Die Voraussetzung allerdings ist, daß die angelegentlichste Fühlungnahme zwischen dem Reichswehrminister und Adolf Hitler am Mittwoch beendet wird. Im allgemeinen hält man das für wahrscheinlich und glaubt sogar, daß diese Besprechung schon im Laufe des Vormittags abgeschlossen werden kann. In Kreisen der nationalsozialistischen Führung wurde abends noch die Ansicht geäußert, daß von einer solchen Zusammenkunft nichts bekannt sei. Es gilt aber in Berliner politischen Kreisen als sicher, daß sie stattfinden wird. Adolf Hitler wird Mittwoch früh in Berlin erwartet. Nach seiner Zusammenkunft mit General von Schleicher findet dann die entscheidende Konferenz beim Reichspräsidenten statt, an der wieder Staatssekretär Dr. Weizsäcker, Reichskanzler von Papen und General von Schleicher teilnehmen. Am Dienstag ging bereits eine Besprechung im gleichen Kreise voraus; ihr kommt aber nur die Bedeutung eines Zwischenberichtes vor.

Ohne das Ergebnis der Besprechung zwischen dem Reichswehrminister und Adolf Hitler vorzunehmen zu können, glaubt man nach der ganzen Stimmung, die aus nationalsozialistischen

Kreisen bekannt geworden ist, nicht daran, daß Hitler die Tolerierung eines Kabinetts Schleicher aussetzen wird. Für den Reichspräsidenten erübrigt sich dann die Frage, ob er die Neubildung des Kabinetts des Reichskanzlers von Papen oder dem General von Schleicher übertragen wird. Diese Frage ist noch nicht zu beantworten. Es läßt sich nur feststellen, daß nach den rein himmungsartigen Urteilen, die man hören kann, in erster Linie Reichskanzler von Papen in Frage kommt.

Bekanntlich war schon seit längerer Zeit die Rede von erheblichen Personalveränderungen innerhalb eines neuen auch wieder unter Papens Kanzlerschaft lebenden Kabinetts. Es dürfte sich bestätigen, daß Reichsernährungsminister Frick, v. Braun, Reichswirtschaftsminister Warneke, Reichsinnenminister von G. L., Reichsarbeitsminister Dr. Schäfer nicht mehr wiedererwählt werden. Allerdings ist es fraglich, ob die offenbar beabsichtigte Ernennung des preußischen kommissarischen Innenministers Dr. Brauns zum Reichsinnenminister eine völlige Veränderung in den Plänen über die Verfassungs- und Reichsreform bedeuten würde. Jedenfalls wird das neue Kabinett mit dem Artikel 48 ausgestattet werden und die Auflösung des Reichstages oder eine Vertagung unmittelbar nach dem Namensaufruf all als sicher. Als neuer Wahltermin wird der 5. Februar 1933 bereits genannt.

### Hitler nach Berlin abgefahren?

München, 29. November. Während heute abend im Brauner Haus jede Auskunft darüber, ob Adolf Hitler nach Berlin fahren würde, abgelehnt wurde, wird von anderer Seite bekannt, daß der Führer der NSDAP, in Begleitung von Hauptmann a. D. Roehm und anderen heute abend mit dem Nachtzug nach Berlin abgereist ist.

### Die innerpolitische Lage im Spiegel der Presse

Berlin, 30. November. In den Berichten und Kommentaren zur innerpolitischen Lage in der Morgenpresse spielt naturgemäß die für heute erwartete Unterredung zwischen General von Schleicher und Adolf Hitler die Hauptrolle. Die „Börzenzeitung“, die es für möglich hält, daß v. Schleicher auch dann den Auftrag zur Kabinettsbildung bekommen könnte, falls die Verständigung mit der NSDAP scheitert, hält es für verfrüht, schon jetzt anzunehmen, daß die Verständigung mit der größten Rechtsparterie auf keinen Fall gelingen werde. Es handele sich um ein Ziel, dem fädelich noch sehr beträchtliche Hindernisse im Wege stünden, doch seien diese Hindernisse nicht so groß, als daß sie von vornherein unüberwindbar erscheinen müßten. Ein Versuch sei jedenfalls notwendig und — bei aller gebotenen vorsichtigen Schätzung der Erfolgchancen — zum mindesten nicht ganz aussichtslos. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet als die Frage, die an Hitler zu richten sei, nicht die Frage nach einer Tolerierung eines etwaigen Kabinetts Schleicher, daß die Nationalsozialisten auch gegen ein Kabinett Schleicher in Opposition verharren würden, sei nach Hitlers früheren Erklärungen eine Selbstverständlichkeit. Es handele sich vielmehr angeichts der drohenden Gefahr für Staat und Volk nur um die Form der Opposition oder noch genauer ausgedrückt, ob diese Opposition weiter eine legale Opposition bleiben werde. Das Blatt hofft, daß sich Hitler in der heutigen Unterredung allein von staatsmännischen und vaterländischen Gesichtspunkten leiten lasse und nicht seinerseits eine Lösung der Regierungsfrage laputt schlage, die ihm in ganz kurzer Frist, vielleicht zunächst in Preußen, aber demnächst aber auch im Reich, die größten Ausschichten eröffne. Die gleiche staatsmännische Haltung sei aber auch von den amtlichen Stellen zu fordern. Jedenfalls dürften keinesfalls vorläufige Entschlüsse gefaßt werden, bevor volle Klarheit über die Haltung Hitlers geschaffen sei. — Das „Berliner Tageblatt“ glaubt, daß in der Unterredung Schleicher-Hitler auch die preußische Frage eine Rolle spielen werde. Es habe den Anschein, als hoffe man, vielleicht auf dem Wege über diese Frage Hitler zur Aenderung seiner Haltung bewegen zu können. Bei einem Scheitern der Verhandlungen müßte die Hoffnung, daß ein Kabinett Schleicher mit irgend einer Form parlamentarischer Unterstützung oder Duldung rechnen können, endgültig aufgegeben werden. — Die „Germania“, die sehr heftig gegen die „unbilligen Intrigen gegen eine Verständigung“ polemisiert, meint, daß die Möglichkeit zu einer Lösung der Krise sich keineswegs in der Alternative Verständigungskabinetts Schleicher oder Kampfkabinetts Papen erschöpfe. Sie sei allzu primitiv und tue den Dingen zu sehr Gewalt an, als daß sie überzeugen könne. Wenn eine Verständigung misslinge, dann sei es immer noch heilige Pflicht aller Verantwortlichen, einen Weg zu gehen, der einer Verständigung am nächsten komme. — Der „Tag“ gibt der Besorgnis Ausdruck, daß bei einem weiteren Umbau der Krise der Schaden der Zerstörung autoritärer Werte den Nutzen der angestrebten Klärung überwiegen könne. In dem Kampf zwischen neudeutschem Parlamentarismus und staatlicher Autorität der Präsidialgewalt müsse es gerade ein Ziel des Parlamentarismus sein, die Präsidialautorität in einer langen Krise sich abnähren zu lassen. Möge der Reichspräsident in tatkräftiger Abwehr dieser Gefahr durch eine schnelle autoritäre Beendigung der Krise die Idee der autoritären Staatsführung geben.







